

Zusammenfassung von

„Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“

unter dem Blickwinkel Runder Tisch Kinderarmut

von Gerd Müller, www.gatm.de/ccs, 2017-06-11

Für Eilige

Lebenslagen

Niedrigste Arbeitslosigkeit (6 %) seit 1989. Langzeitarbeitslose stabil bei 37%. In dieser Legislaturperiode sind die Arbeitnehmerinkommen stärker als Gewinneinkommen gestiegen.

Armut

Armutsrisikoquote (< 1 056 €/ Monat in 2015) in den letzten 10 Jahren von 12 % (1995) kontinuierlich auf 16 % (2014) gestiegen. Höchstes Armutsrisiko bei Arbeitslosen Erwachsenen (58 %) und Alleinerziehenden (38 %). Sozialtransfers reduzieren das Armutsrisiko um ca. 30%. Für Unterprivilegiert ist es ein besonders wichtiger Teil des Gerechtigkeitsempfindens, dass sie ihren sozialen Status halten und den ihrer Kinder verbessern können.

Reichtum

Der Reichtum konzentriert sich zunehmend am oberen Rand. Das oberste 1% verdiente 1995 9 % der Einkommen, 2015 11% der Einkommen (> 400 000 € / Jahr). Beim Vermögen besitzen die unteren 50% der Bevölkerung 1% des Gesamtvermögens, die obersten 10% besitzen 50% des Gesamtvermögens. 7% beziehen > 5 000 € / Jahr Einkünfte aus Vermögen.

Aufgabenfelder

1. Kontinuierliche Erwerbsbiographie unterstützen um Armut zu vermeiden
2. Kinder und Jugendliche unabhängig von den Resources des Elternhauses fördern.
3. Soziale Sicherung weiter sicher stellen und Zugang zu medizinische Versorgung, bezahlbarer Wohnraum und leistungsfähige Infrastruktur ausbauen.
4. Nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch leistungsgerechte Besteuerung sichern.
5. Teilhabe und Akzeptanz demokratischer Werte erhalten und stärken.

Zusammenfassung

Die Daten: Kurzfassung (46 Seiten), Langfassung (706 Seiten). Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Langfassung. Die Indikatoren werden mit G*, A*, R* für Gesellschaft, Armut und Reichtum bezeichnet, Übersicht S 549.

Lebenslagen

Deutschland steht heute sehr solide da, höchste Beschäftigungszahlen (78%, G10, S523) und niedrigste Arbeitslosigkeit (6.1%, G11, S 524) seit der deutschen Einheit. Steigende Reallöhne, zuletzt vor allem für Geringverdienende. Arbeitnehmerentgelte sind stärker

gestiegen (+39.1 %) als die Gewinneinkommen (+30.1 %, Unternehmertätigkeit, Vermögen, S 36).

Nettoäquivalenzeinkommen 2014 (SOEP, S VI, S X)						
	streng arm	arm	Median	wohlhabend	sehr wohlhabend	reich
% vom Median	< 40	< 60	100	> 200	> 300	> 400
€/ Monat	704	1 056	1 760	3 520	5 280	> 7 040
€/ Jahr	8 448	12 672	21 120	42 240	63 360	> 84 480
% der Bevölkerung	~9 (A05)	6.8 (A01)	~59.4	8.2 (R01)	1.6 (R01)	~15 (R06)

Diese Daten lassen sich nur indirekt aus dem ARB schliessen.

Äquivalenzeinkommen: Erste Person >14a = 1.0, zweite Person >14a = 0.5, Person <= 14a 0.3 im Haushalt.

Armut

Der Anteil der Menschen, die materiellen Entbehrungen ausgesetzt sind, lag stabil auf einem niedrigen Niveau (ca. 5 %, 4.4 % in 2015, A09, S 572).

Das Armutsrisiko wird basierend auf verschiedenen Datenquellen mit leicht unterschiedlichen Ergebnissen ermittelt (S 249). Hier werden die Daten des SOEP verwendet. Der Anteil derjenigen, die wegen eines vergleichsweise niedrigen Einkommens (< 1 056 €/ Monat in 2014) als armutsgefährdet gelten, hat sich in den letzten 10 Jahren von 11.6 % (1995) kontinuierlich auf 15.8 % (2014) erhöht. Höchstes Armutsrisiko bei Arbeitslosen Erwachsenen (58.2 %) und Alleinerziehenden (38.4 %, A01, S 548). Steuer- und Sozialtransfers (A02, S 553) reduzieren das Armutsrisiko um ca. 30% (Vergleich A01 - A02, S 554).

Für Unterprivilegierte ist es ein besonders wichtiger Teil des Gerechtigkeitsempfindens, dass sie ihren sozialen Status halten und den ihrer Kinder verbessern können (S II).

Reichtum

Der Reichtum konzentriert sich zunehmend am oberen Rand. Das Durchschnittseinkommen des obersten 1% ist von 250 736 €/ Jahr (1995) auf 404 118 €/ Jahr (2014, +62 %) gestiegen (R06, S 590). Im Vergleich ist der Median der Einkommen von 8 748 €/ Jahr (1995) auf 12 672 €/ Jahr (2014, +69%) gestiegen (A01, S 549). Das Durchschnittseinkommen der obersten 10 % ist größer als 122 304 €/ Jahr. Beim Vermögen besitzen die unteren 50% der Bevölkerung 1% des Gesamtvermögens, die obersten 10% besitzen 50% des Gesamtvermögens. 7.4 % (2014) beziehen > 5 000 € / Jahr Einkommen aus Vermögen (R02, S 582).

Aufgabenfelder

1. Eine kontinuierliche Erwerbsbiografie mit leistungsgerechter Entlohnung ist von zentraler Bedeutung, auch um Armut im Alter zu vermeiden. Langjährig Versicherte sollen von ihren Alterseinkünften angemessen leben können.
2. Es ist Aufgabe der Kinder- und Jugend- sowie der Bildungspolitik, Kinder und Jugendliche noch besser individuell und möglichst unabhängig von den Ressourcen in ihrem Elternhaus zu fördern, um soziale Teilhabe- und Aufstiegschancen zu verbessern.
3. Neben einem verlässlichen System der sozialen Sicherung muss auch der Zugang zu weiteren gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen sichergestellt sein. Hierzu gehören neben der Sicherung des Lebensunterhalts auch medizinische Versorgung, bezahlbarer Wohnraum und eine leistungsfähige Infrastruktur.

4. Eine nachhaltige Finanzierung öffentlicher Ausgaben und Investitionen, fiskalische Tragfähigkeit sowie eine leistungsgerechte Besteuerung muss auch zukünftig sichergestellt sein. Von Investitionen in mehr Chancengleichheit, sozialen Zusammenhalt und öffentliche Daseinsvorsorge profitiert die gesamte Volkswirtschaft.
5. Es muss politischen Akteuren, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft gelingen, die Teilhabe und die Akzeptanz demokratischer Werte in unserem Land zu erhalten und für neue Herausforderungen zu stärken.

Entwicklungen wichtiger Indikatoren

Die Indikatoren (Bereiche Gesellschaft, Armut, Reichtum, S 549) werden fortgeschrieben und geben so die eine kontinuierliche Darstellung der Entwicklung. Zum Teil sind die Indikatoren nur relativ in % angegeben, das erlaubt keinen direkten Bezug zur erlebten Realität. Die Indikatoren werden mit G*, A*, R* für Gesellschaft, Armut und Reichtum bezeichnet, Übersicht S 549.

Es gibt keinen Indikator der direkt die Kinderarmut beschreibt. Indirekt gibt die Aufschlüsselung der Daten in Haushaltstyp (Alleinlebend, Alleinerziehend, Paar mit 1, 2, 3 und mehr Kindern) Hinweise.

G07 - **Kinderbetreuung** (S 516)

Der Indikator weist die Anzahl der in Einrichtungen und in der Tagespflege betreuten Kinder aus. Außerdem wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler angegeben, die in der Grundschule ganztägig betreut werden.

Bis 2016 ist die Betreuungsquote insgesamt auf 35,1 Prozent gestiegen. Kinder unter 3 Jahre werden zu 32.7 % betreut. Kinder von 3-5 Jahren werden zu 94% betreut.

G08 - Investitionen in **Bildung** (S 517)

Für Jugendarbeit, Tageseinrichtungen für Kinder sind die Ausgaben von 127 €/ Einwohner und Jahr (1995) auf 307 €/ Einwohner und Jahr (2015, +142 %) gestiegen. Die Steigerung für Bildung insgesamt betrug +63 %.

G13 - **Wohnkostenbelastung** (S 528)

Diese beschreibt das Verhältnis der Ausgaben für Wohnkosten zum Haushaltsnettoeinkommen. Liegt der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen höher als 40 Prozent, geht man einer EU-Konvention folgend von einer Wohnkostenüberbelastung aus.

Die Wohnkostenbelastung ist mit 21.6 (2015) für die Gesamtbevölkerung weitgehend stabil geblieben. Die Wohnkostenüberbelastung ist für von Armut betroffenen von 42.2 % (2010) auf 51.9 % (2015) gestiegen.

G14 - Äquivalenzgewichtete **Wohnfläche** (S 531)

Die Wohnfläche für die Gesamtbevölkerung hat von 54.2 m¹ (1995) auf 63.5 m² (2015) zugenommen. Bei Alleinerziehenden war sie mit 53.3 m² (2015) weitgehend stabil.

G15 - Mangelhafter **Gebäudezustand** (S 533)

Für die Gesamtbevölkerung hat sich der Gebäudezustand, der als „ganz renovierungsbedürftig“ oder „abbruchreif“ beschreiben wird von 5.9 % (1995) auf 2.2 % (2015) verbessert. Bei Alleinerziehenden ist die Verbesserung deutlich geringern, von 8.1 % (1995) auf 6.2 % (2015).

G16 - Beeinträchtigung durch **Lärm, Luftverschmutzung** (S 535)

Für die Gesamtbevölkerung hat sich der Wert von 9.5 % (1999) auf 8.9 % (2014) verringert. Für Alleinerziehende liegt der stabil bei ca. 11 %.

G 17 - **Politisches Interesse** (S 537)

Ein Indikator für die Teilnahme am politischen Geschehen ist das unmittelbare Interesse an politischen Entscheidungen und Entwicklungen.

Insgesamt ist das politische Interesse von 30.1 % (1995) auf 38.2 % (2015) gestiegen.

Personen unter der Armutsgrenze, Alleinerziehende waren nur halb so häufig an Fragen der Politik interessiert wie einkommensreiche Personen. In der Summe bedeutet dies, dass die unteren Einkommensgruppen erheblich weniger über die Angelegenheiten des Gemeinwesens mitbestimmen, obwohl sie diese Angelegenheiten mindestens ebenso sehr wie die einkommensstärkeren Gruppen betreffen.

G18 - Aktive und **Engagierte** (S 541)

Der Indikator freiwilliges Engagement misst, ob Personen freiwillig und unentgeltlich Aufgaben und Arbeiten außerhalb von Beruf und Familie übernommen haben, die sie in einem von 14 gesellschaftlichen Bereichen ausüben (etwa in den Bereichen Sport, Kultur oder Soziales).

Das freiwillige Engagement ist von 34.0 % (1995) auf 43.6 % (2015) deutlich gestiegen. Dies gilt auch mit etwas geringeren Werten (~2 %) für Alleinerziehende.

A01 - **Armutsrisiko** (S 598)

Als armutsgefährdet gelten Personen in Haushalten, deren Einkommen unterhalb einer vorgegebenen Schwelle liegt. In der Armutsforschung wird üblicherweise mit der Definition gearbeitet, nach der die Armutsriskoschwelle bei 60 Prozent des Median aller Nettoäquivalenzeinkommen liegt.

Für die Gesamtbevölkerung hat sich das Armutsrisiko von 11.6 % (1995) auf 15.8 % (+36%, 2014) erhöht.

A02 - Wirkung von **Sozialtransfer** (S 553)

Sozialtransfer sind: Arbeitslosengeld II, Sozialgeld/ Grundsicherung, Kindergeld, Kinderzuschlag, Pflegegeld, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld. Nicht dazu gehören: Renten-, Pensionsansprüche

Die Sozialtransfers reduzieren das Armutsrisiko insgesamt von 23.4 % (ohne Sozialtransfer) auf 15.8 % (mit Sozialtransfer (-32 %, 2014)). Für Alleinerziehende reduziert sich das Armutsrisiko von 57.1 % auf 38.4 % (-33 % 2014).

A05 - **Mindestsicherung** (S 563)

Die Inanspruchnahme dieser Mindestleistungen zeigt, dass Teile der Bevölkerung das verfassungsrechtlich garantierte soziokulturelle Existenzminimum nur mit Unterstützung des Systems der sozialen Sicherung erreichen. Der Anteil der Bezieher von Leistungen aus den Mindestsicherungssystemen blieb im Zeitraum von 2006 bis 2015 relativ stabil zwischen rund 9 und 10 Prozent. Dies entspricht zwischen rund 7 und 8 Millionen Personen. Es gibt keine Aufschlüsselung bezogen auf Kinder.

A09 - **Materielle Deprivation** (S 571)

Personen gelten dann als „materiell depriviert“, wenn sie Entbehrungen in mindestens drei der folgenden neun Bereiche erfahren:

1. Finanzielles Problem, die Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen.
2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können.

3. Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können.
4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können.
5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen.
6. Fehlen eines Autos im Haushalt aus finanziellen Gründen.
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründe.
8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründe.
9. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründe.

Von 2008 bis 2015 sind rund 12 % betroffen, rund 5 Prozent sind erheblich betroffen (mehr als 4 Punkte treffen zu). Alleinerziehende müssen mit rund 11 Prozent (2015) überdurchschnittlich oft auf diese Güter verzichten.

Aufgaben

für eine Politik zur Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Leistungsgerechtigkeit. Im Bericht wird für jedes Aufgabenfeld beschrieben, was bereits getan wurde und was noch zu tun ist. Zum Teil sind diese Beschreibungen nicht konkret.

Aufgabenfeld 2: **Teilhabechancen** für Kinder materiell sicherstellen (S XXI)

Das Wohlergehen von Kindern hängt von vielen Faktoren ab. Dazu zählen neben der Geborgenheit, die Kinder in ihren Familien erfahren, auch ihre Gesundheit, ihr Wohnumfeld oder ihre Möglichkeiten zur Bildungsteilnahme. Die finanzielle Situation, in der Kinder aufwachsen, beeinflusst diese Faktoren mehr oder weniger stark. Dabei wirken unzureichende materielle Rahmenbedingungen vor allem dann negativ auf das kindliche Wohlergehen, wenn sie lange andauern und so die Kindheit prägen.

In Deutschland sorgen Sozialtransfers und Familienleistungen dafür, dass die Nettoäquivalenzeinkommen von Haushalten mit Kindern und Jugendlichen in fast der Hälfte der Fälle, in denen Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegen würden, über die statistische Armutsrisikogrenze von 60 Prozent des Medianeinkommens gehoben werden.

Die Gründe für Kinderarmut liegen insbesondere in eingeschränkter Erwerbstätigkeit der Eltern. So beträgt das Armutsrisiko von Kindern 64 Prozent, wenn in der Familie kein Elternteil erwerbstätig ist. Bei einem in Vollzeit erwerbstätigen Elternteil fällt das Armutsrisiko für Kinder deutlich auf etwa 15 Prozent. Sind beide Elternteile erwerbstätig und arbeitet ein Elternteil Vollzeit, sinkt das Armutsrisiko der Kinder auf 5 Prozent.

Was weiter zu tun ist:

- Bessere Erwerbsintegration der Eltern
- Bekanntheitsgrad familienbezogener Leistungen erhöhen
- Leistungen wie das Bildungs- und Teilhabepaket sollen noch mehr Kinder erreichen
- Die Familienleistungen sollen stärker als bisher die individuelle Existenzsicherung beider Elternteile fördern

Aufgabenfeld 2: **Bildung** chancenorientiert gestalten (S XXIV)

Trotz vieler Fortschritte ist es noch nicht gelungen, den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nachhaltig aufzubrechen. Kinder aus Haushalten mit relativ geringem Einkommen und formaler Bildung, aber auch solche mit Migrationshintergrund, besuchen Kindertageseinrichtungen unterdurchschnittlich häufig. Diese ungleichen Ausgangsbedingungen wirken sich auch auf die weitere Bildungsbiografie aus.

Was weiter zu tun ist:

- Der Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit guten Qualitätsstandards
- Alle unterprivilegierten Kinder sollen von der Förderung in der Kindertagesbetreuung (Kita) und Nachmittagsbetreuung in Schulen profitieren können.
- Das Angebot an Ganztagschulen sollte weiter ausgebaut werden.
- Weitere Verbesserung der Sprach- und Leseförderung sowie der Förderung des Interesses an Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Zugang von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu außerschulischen kulturellen Bildungsangeboten zu erhöhen.
- Gestaltung individualisierten Lernens und die Erhöhung der Qualität des Unterrichts gezielt fördern.
- Optimierung der Übergänge in berufliche Bildung mit dem Leitziel „Vorfahrt für betriebliche Ausbildung“ und die Verbesserung von Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit zum Hochschulbereich.
- Ausbildungsförderung nach dem BAföG kontinuierlich und konsequent bedarfs- und familienbedürfnisgerecht anpassen und weiterentwickeln.

Aufgabenfeld 3: **Wohnen**: Bezahlbar und integrativ und barrierearm (S XXXV)

Menschen in Haushalten mit geringem Pro-Kopf-Einkommen leben über 93% in Wohnungen, die sich in gutem oder nur leicht renovierungsbedürftigem Zustand befinden. Etwas problematischer sind Wohnlagen für sie, in denen sich gut 12 Prozent der mindestens stark durch Luftverschmutzung oder Lärm gestört fühlen.

In 2015 haben 16 % der Haushalte mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten ausgegeben, was als Überbelastung definiert wird. Einkommensschwächere Haushalte sind hiervon zur Hälfte und zunehmend betroffen. Als Folge droht sozialräumliche Segregation: Zunehmend konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte in begrenzten Teilgebieten größerer Städte.

Was weiter zu tun ist:

- Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen soll bessere Rahmenbedingungen für den Bau bezahlbarer Wohnungen zu schaffen.

Aufgabenfeld 5: **Demokratische Teilhabe** und Akzeptanz demokratischer Werte stärken (S XLII)

Die politische Beteiligung bis hin zur Teilnahme an Wahlen ist bei Menschen mit geringem Einkommen deutlich geringer und hat in den vergangenen Jahrzehnten stärker abgenommen als bei Personen mit höherem Einkommen und der Mittelschicht. Auf politische Entscheidungen wirken sie damit vergleichsweise weniger ein.

- Es die Aufgabe dieses Berichts, ein differenziertes Bild der sozialen Lage zu zeichnen und Wirkungen und Entwicklungen herauszustellen